

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

- (A) Wer stimmt dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Sammelübersicht 332 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der PDS gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP angenommen worden.

Zusatzpunkt 6 g:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

**Sammelübersicht 333 zu Petitionen**

– Drucksache 14/7805 –

- Wer stimmt dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Sammelübersicht 333 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP bei Enthaltung der PDS angenommen worden.

Zusatzpunkt 6 h:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

**Sammelübersicht 334 zu Petitionen**

– Drucksache 14/7806 –

- Wer stimmt dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Sammelübersicht 334 ist mit den Stimmen des ganzen Hauses mit Ausnahme der CDU/CSU, die dagegegenstimmt hat, angenommen worden.

Zusatzpunkt 6 i:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

- (B) **Sammelübersicht 335 zu Petitionen**

– Drucksache 14/7807 –

- Wer stimmt dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Sammelübersicht 335 ist gegen die Stimmen der PDS mit den Stimmen des übrigen Hauses angenommen worden.

Zusatzpunkt 6 j:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Vierten **Gesetzes zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes (4. BZRGÄndG)**

– Drucksache 14/6814 –

(Erste Beratung 192. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

– Drucksache 14/7837 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Alfred Hartenbach

Erika Simm

Ronald Pofalla

Hans-Christian Ströbele

Jörg van Essen

Sabine Jünger

- Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung gegen die Stimmen der

CDU/CSU mit den Stimmen des übrigen Hauses angenommen worden. Es gab keine Enthaltungen. (C)

**Dritte Beratung**

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in dritter Lesung angenommen worden mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PDS und FDP gegen die Stimmen von CDU/CSU.

Ich rufe Zusatzpunkt 7 auf:

- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium zum Schutz von Beobachtern internationaler Organisationen im Rahmen der weiteren Implementierung des politischen Rahmenabkommens vom 13. August 2001 auf der Grundlage des Ersuchens des mazedonischen Präsidenten Trajkovski vom 3. Dezember 2001 und der Resolution Nr. 1371 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 26. September 2001**

– Drucksachen 14/7770, 14/7816 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Gert Weisskirchen (Wiesloch)

Christian Schmidt (Fürth)

Dr. Helmut Lippelt

Ulrich Irmer

Wolfgang Gehrcke

- b) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 14/7826 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Uta Titze-Stecher

Dietrich Austermann

Antje Hermenau

Jürgen Koppelin

Dr. Christa Luft

Über die Beschlussempfehlung werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die Fraktionen der FDP und der PDS jeweils fünf Minuten erhalten sollen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann ist auch so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst Herr Bundesminister Rudolf Scharping.

**Rudolf Scharping**, Bundesminister der Verteidigung: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir können drei Monate nach Beginn der Operation Fox feststellen, dass es in Mazedonien beeindruckende

**Bundesminister Rudolf Scharping**

- (A) Fortschritte gibt. Das ist Ergebnis einer gemeinsamen Anstrengung. Wir haben einen Bürgerkrieg verhindert. Die Waffen schweigen. Der verfassunggebende Reformprozess ist abgeschlossen. Die Wiederherstellung der Herrschaft des Rechtes in Mazedonien geht schrittweise voran.

Auch das Vertrauen zwischen den Ethnien wächst langsam wieder. Das drückt sich unter anderem aus in der Auflösung der albanischen UCK, trotz der Verzögerungen in dem Verfassungsprozess. Die ersten Amnestien sind ausgesprochen. Alles das ist unabdingbare Voraussetzung für die Reintegration der vorherigen Kämpfer in die mazedonische Gesellschaft. Das Wachstum des Vertrauens zwischen der slawischen und der albanischen Bevölkerung ist im Übrigen von überragender Bedeutung. Denn nur dann wird ein dauerhafter Weg aus der Krise heraus gefunden und das Risiko eines Bürgerkrieges ausgeschlossen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings, dieser Prozess ist bei allen Fortschritten, die ich jetzt mit Stichworten beschrieben habe, noch nicht so weit vorangekommen, dass man auf eine Sicherheitspräsenz verzichten könnte. Wir wollen nämlich die positiven Entwicklungen nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Vor diesem Hintergrund will ich darauf aufmerksam machen, dass wir im Deutschen Bundestag über die Fragen zu Mazedonien und den Balkan insgesamt häufiger gesprochen, teilweise gestritten haben und stets unsere Besorgnisse und Befürchtungen zum Ausdruck gebracht haben. Mich berührt es in eigenartiger Weise – ich vermute, das geht nicht nur mir so –, wenn ich die Debatten betrachte, die vor mehr als drei Monaten geführt wurden, und mir dann das Ergebnis ansehe, das wir heute haben. Wichtig ist, dass wir jetzt – wie sich das abzeichnet – für die Verlängerung dieses Mandates eine sehr breite Zustimmung im Deutschen Bundestag bekommen.

- (B) Das ist auch gerechtfertigt. Denn die **Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in ganz Mazedonien** bedarf weiterer Anstrengungen. Dazu gehören die fünf Pilotprojekte der Europäischen Union und der OSZE zur Übernahme von Verantwortung durch eine multiethnische mazedonische Polizei in den mehrheitlich albanisch besiedelten Gebieten. Dazu gehört die koordinierte Rückkehr der Flüchtlinge in jene Krisengebiete, ohne dass daraus ein Potenzial für neue Spannungen entsteht. Dazu gehört, dass ein Sicherheitsvakuum vermieden wird.

Für all das stehen Beobachter der Europäischen Union und der OSZE zur Verfügung. Sie haben herausragende Bedeutung bei der Wiederherstellung normaler Lebensverhältnisse. Andererseits bedürfen diese Beobachter des Schutzes; denn die Verhältnisse in Mazedonien sind noch nicht so stabil, als dass man auf diesen Schutz verzichten könnte. Deshalb hat die mazedonische Regierung die NATO gebeten, die entsprechende Task Force Fox um drei Monate fortzusetzen. Das zeigt, welches Vertrauen sich die NATO in Mazedonien mittlerweile erworben hat. Das sage ich auch mit Blick auf die deutschen und fran-

zösischen Streitkräfte, die die Hauptlast dieses Einsatzes tragen. Sie haben eine ausgezeichnete Arbeit geleistet und verdienen höchsten Respekt und ausdrückliche Anerkennung. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der FDP)

NATO und Europäische Union haben im Übrigen von Anfang an mit großer Klarheit und großer Kontinuität, aber auch Berechenbarkeit zusammengearbeitet. Sie haben ihre Verantwortung wahrgenommen. Wir können es jetzt als gemeinsamen Erfolg verbuchen, dass in einer Region nach vier blutigen Balkankriegen, nach Millionen von Vertriebenen und nach immer noch nicht gezählten Toten Südosteuropa eine wirkliche Perspektive für sich selbst und mit Blick auf Europa hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich füge hinzu, dass das Engagement in Mazedonien im Rahmen dieses über mehr als ein Jahrzehnt dauernden Prozesses zum ersten Mal in eigentlich idealtypischer Weise unser Verständnis von präventiver Sicherheitspolitik widerspiegelt, wie es sich übrigens auch in dem Stabilitätspakt für Südosteuropa ausdrückt.

Der **Beitrag der Bundeswehr** wird unverändert sein. Das gilt für ihren Umfang von bis zu 600 Soldaten und für ihre Führungsrolle im Rahmen dieses Mandates. Das ist – ich wiederhole es – eine besondere Auszeichnung für die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr und ihr professionelles Auftreten. Ich sage das auch mit Blick auf manch andere Debatte; denn das Erreichte in Mazedonien nicht aufs Spiel setzen zu wollen bedeutet, dass man in der Region insgesamt – in Bosnien, im Kosovo und in Mazedonien – das Engagement aufrechterhalten und die Fähigkeiten beibehalten muss, um diesen Erfolg zu sichern und den Weg in die Zukunft friedlich und sicher zu gestalten. (D)

Wenn wir in Deutschland bereit, willens und fähig sind, in den derzeitigen Größenordnungen diesen Beitrag für eine europäische Perspektive und eine friedliche Entwicklung auf dem Balkan durchzuhalten, dann ist das auch in Verbindung mit anderen Aufgaben, die sich der Bundeswehr und ihrer Erneuerung stellen, eine feste Leitplanke bei der Bemessung von Fähigkeiten, die man an anderer Stelle braucht.

Das gilt für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ebenso wie für Friedensstabilisierung in anderen Staaten, zum Beispiel in Afghanistan. Was wir – deshalb schneide ich diesen Punkt an – zur Befriedung und Stabilisierung der Strukturen von Staat und Gesellschaft beitragen, ist nämlich auch ein elementarer Beitrag zur Verständigung und zum friedlichen Zusammenleben von Christen und Moslems – in Mazedonien und auch in anderen Staaten Südosteuropas. Was wir dort zur Stabilisierung und zum friedlichen Zusammenleben leisten, was wir an Perspektiven, persönlicher Sicherheit und wirtschaftlichen Möglichkeiten entwickeln, ist auch ein gutes Beispiel dafür, dass man trotz unterschiedlicher Ethnien, Kulturen oder Religionen friedlich und mit gemeinsamen Zukunftsaussichten zusammenleben kann.

**Bundesminister Rudolf Scharping**

(A) Ich sage das auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die innermazedonischen Konflikte ihre politisch-ethnische und soziale Natur haben. Was wir dort in einem mittel- und langfristigen Prozess zur Überwindung dieser Konflikte und Schwierigkeiten beitragen, ist ein Hinweis darauf, dass die internationale Staatengemeinschaft nicht nur in Südosteuropa ein gutes Beispiel schafft, sondern die Fähigkeiten hat – und diese weiterentwickeln will –, um im Zusammenwirken aus politischen, ökonomischen, kulturellen, gesellschaftlichen und, wo notwendig, militärischen Fähigkeiten für eine friedliche, am besten immer durch präventives Handeln geprägte Perspektive zu sorgen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich bedanke mich bei allen Fraktionen – mit Ausnahme der einen –, dass sie den Antrag der Bundesregierung unterstützen, und zwar nicht wegen der Unterstützung für die Bundesregierung, sondern wegen der Unterstützung für die Soldaten der Bundeswehr und deren Familien sowie wegen der Unterstützung für eine friedliche und sichere Perspektive in Südosteuropa als einen unverzichtbaren Teil unseres gemeinsamen Kontinentes, die damit gewährleistet werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B) **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Andreas Schockenhoff.

**Dr. Andreas Schockenhoff** (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir teilen Ihre Auffassung, Herr Minister, dass in Mazedonien Fortschritte erzielt worden sind, dass aber der politische Prozess noch nicht so weit fortgeschritten ist, um auf eine Sicherheitspräsenz verzichten zu können. Deshalb ist es richtig, dass die Parlamentswahlen verschoben wurden. Richtig ist auch, dass eine Geberkonferenz für Mazedonien verschoben wurde, nachdem sich das Parlament entgegen den Forderungen von NATO und EU noch nicht auf ein neues Gesetz zur kommunalen Selbstverwaltung einigen konnte.

Herr Minister, Sie haben unseren Beitrag zur Stabilisierung Südosteuropas herausgestellt. Das ist durchaus richtig. Wir dürfen aber nicht den Eindruck erwecken, als ob wir oder das Mandat der NATO diese Stabilisierung leisten könnten. Die NATO steht nicht im Mittelpunkt der Konfliktlösung, sondern begleitet einen Prozess, den die Konfliktparteien vor Ort leisten müssen. Bei ihnen bleibt die politische Verantwortung. Was Sie zur Prävention gesagt haben, ist doch etwas, was wir uns manchmal einreden. Die Wahrheit ist: Die Konfliktprävention hat trotz beachtlicher finanzieller Leistungen vor allem der EU, aber auch der OECD und des Stabilitätspakts nicht die Ergebnisse gebracht, die wir uns gewünscht haben.

Der mazedonische Präsident hat am Wochenende gesagt, es werde keine Verlängerung des Mandats über den

6. März hinaus erforderlich sein. Das hoffen auch wir. Wir müssen deshalb den Druck auf die Parteien aufrechterhalten, damit sie zu wirklichen Lösungen bereit sind. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Ulrich Irmer [FDP])

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben: Das große Manko der internationalen Balkanpolitik besteht darin, dass wir kein **politisches Ordnungskonzept für die Region** haben. Wir wissen auch, wie eng die Frage des Konflikts in Mazedonien mit der albanischen Frage zusammenhängt. Und die albanische Frage hängt mit dem Status des Kosovo zusammen, der Status des Kosovo wiederum mit der serbischen Frage. Solange wir kein politisches Ordnungskonzept für die gesamte Region Südosteuropa haben, werden wir immer wieder in die Situation kommen, international mit militärischer Präsenz ein neues Ausbrechen von Konflikten zu verhindern. Deshalb brauchen wir ein realistisches Gesamtkonzept, auch angesichts der Tatsache, dass wir international woanders stärker militärisch gefordert sind und daher die Präsenz, die wir auf dem Balkan haben, in der Bedeutung und in dem Umfang langfristig nicht aufrechterhalten können.

Zurzeit sind 7 500 Soldaten auf dem Balkan, und zwar in Bosnien, im Kosovo – wir müssen das Mandat im Frühjahr verlängern, weil das bisherige Mandat nicht ausreichen wird; wir wissen das heute schon – und in Mazedonien. Herr Minister, Sie haben gestern gesagt, insgesamt seien 60 000 Soldaten gebunden; das betrifft die Soldaten, die in Ausbildung sind, die im Ausland sind und die zur Auswechslung bestehender Truppenkontingente bereitstehen. Nachdem wir gestern im Auswärtigen Ausschuss gefragt haben, wie denn das **Afghanistan-Kontingent** aussehen solle – die Schutztruppe, über die wir nächste Woche zu bestimmen haben –, hat uns der Außenminister gesagt, darüber habe sich die Bundesregierung noch keine Gedanken gemacht, weil es noch kein Mandat gebe. Zum gleichen Zeitpunkt haben Sie, Herr Minister Scharping, eine Pressekonferenz gegeben und gesagt, die Schutztruppe umfasse 8 000 Soldaten, wovon 2 600 durch die Bundeswehr gestellt würden. (D)

(Peter Zumkley [SPD]: Das ist doch nicht wahr!)

– So steht es in der Zeitung.

(Peter Zumkley [SPD]: Glauben Sie nicht alles, was in der Zeitung steht! Informieren Sie sich einmal selbst!)

– Entschuldigung, ich glaube nicht alles, was in der Zeitung steht. Aber wenn der Außenminister sagt, die Bundesregierung habe sich noch keine Gedanken über den Afghanistan-Einsatz gemacht,

(Peter Zumkley [SPD]: Eine Regierung, die sich keine Gedanken macht, gibt es doch gar nicht!)

und wenn zur gleichen Zeit sein Amtskollege Scharping auf einer Pressekonferenz erklärt, das Kontingent für den Afghanistan-Einsatz umfasse 8 000 Soldaten, dann muss ich Ihnen sagen – Entschuldigung, dass ich das so deut-

**Dr. Andreas Schockenhoff**

- (A) lich tue –: Sie lassen sich vielleicht so abspesen, aber wir nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der PDS)

Wir haben ein Recht darauf, dass die Regierung uns informiert. Vor allem haben die Soldaten und ihre Familien ein Recht darauf, dass wir öffentlich darüber diskutieren, in welchem Umfang und für welche politischen Ziele wir sie einsetzen werden.

In dem Zusammenhang muss ich auf zwei Dinge hinweisen. Zurzeit stehen – unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz hat heute schon Stellung zu dem genommen, was gestern im Haushaltsausschuss lief – für die Soldaten, die wir in den Einsatz schicken, noch nicht einmal die notwendigen Transportkapazitäten zur Verfügung. Die Bundeswehr braucht dringend neue **Transportflugzeuge** als Ersatz für die über 30 Jahre alten Transalls. Der Bundeskanzler hat die Anschaffung neuer Transportflugzeuge auf internationaler Ebene wiederholt zugesagt, ohne seinen Worten Taten folgen zu lassen.

Herr Minister Scharping, Sie haben gesagt, dass Sie den Vertrag über die Anschaffung neuer Transportflugzeuge unterschreiben könnten, wenn Sie eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung bekämen. Eine solche Verpflichtungsermächtigung würde Bundestagsabgeordnete, die bis jetzt noch nicht einmal gewählt sind, in ihrem Abstimmungsverhalten in der nächsten Legislaturperiode binden!

- (B) Damit war das Hin und Her aber noch nicht beendet. Sobald die Äußerung von Herrn Scharping über den Ticker lief, hat der haushaltspolitische Sprecher der Grünen erklärt, dies sei eine Brückierung des Parlaments. Das Geld sei nicht vorhanden.

So können Sie weder mit der Industrie noch mit den Soldaten umgehen. Sie können auch nicht einen Bundestag binden, der noch gar nicht gewählt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen fordern wir Sie auf: Legen Sie einen Nachtragshaushalt vor, in dem Sie solide, verlässlich und berechenbar darlegen, wie Sie die Bundeswehrsoldaten, die wir in den Einsatz schicken, ausstatten und wie Sie ihren Einsatz finanzieren wollen.

Ich muss auch noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Herr Außenminister, der Kollege Rühle hat Sie in der Haushaltsdebatte in der vorletzten Woche gefragt, welches politische Konzept dem Einsatz der Soldaten, die wir zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus mit einem Mandat ausgestattet haben, zugrunde liege. Das müssen nicht nur wir wissen, wenn Sie unsere Zustimmung haben wollen. Vor allem die Soldaten – ich sage es noch einmal –, die mit unserem politischen Mandat ausgestattet sind und die auf ihren Einsatz warten, haben ein Recht darauf, zu erfahren, wohin sie geschickt werden.

Es soll nun offenbar ein **ABC-Spürtrupp** mit 800 Soldaten entsandt werden. Die internationale Terrorismusbekämpfung konzentriert sich im Moment auf Afghanis-

tan. Es gibt in Afghanistan Terroristen. Es gibt dort meines Wissens keine Massenvernichtungswaffen. Deswegen sage ich Ihnen, Herr Minister – Sie werden nachher das Wort ergreifen –, noch einmal: Wir wollen von Ihnen wissen – die Bundesregierung hat einen entsprechenden Antrag vorgelegt –, wofür und wo genau diese 800 Soldaten eingesetzt werden sollen. (C)

Wir wissen, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, einen Antrag auf Ihrem Parteitag gestellt haben, wonach Soldaten nicht außerhalb von Afghanistan zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus eingesetzt werden dürfen. Frau Präsidentin, Sie haben in einem Interview mit dem „Stern“ gesagt, wenn dagegen verstoßen werde, dann sei die Koalition zu Ende. So verstünden Sie diese Selbstbindung. Ich sage Ihnen: Es darf nicht sein, dass aufgrund innerparteilicher Befindlichkeiten einer Koalitionsfraktion die Soldaten darüber im Unklaren gelassen werden, wofür und wo wir sie einsetzen werden und welche politische Zielsetzung sich mit Ihrem Mandat verbindet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir halten die Verlängerung des Mandats für den Einsatz in Mazedonien für erforderlich. Wir gehen davon aus, dass es zeitlich begrenzt ist, und wünschen, dass so viel Druck auf die Konfliktparteien ausgeübt wird, dass im März kommenden Jahres eine erneute Verlängerung nicht mehr notwendig sein wird. Nach unserer Meinung hat die Bundeswehr mit ihren Einsätzen ihre Grenzen erreicht.

Wir wollen, dass es eine verlässliche Finanzierung und eine gute Ausstattung der Bundeswehr gibt. Eine motivierte Bundeswehr setzt voraus, dass wir informieren, dass es Transparenz darüber gibt, wofür Sie die Bundeswehr einsetzen wollen. (D)

Wir werden schon nächste Woche wieder zusammenkommen, um im Deutschen Bundestag über ein weitaus umfangreicheres Mandat für die Bundeswehr zu befinden. Sie haben jetzt noch wenige Tage Zeit, vor der deutschen Öffentlichkeit, vor den Soldaten und vor ihren Familien endlich klar zu machen, wofür und an welchem Ort die Bundeswehr zum Einsatz kommen soll.

Sie bekommen unsere Unterstützung. Voraussetzungen sind: Klarheit, Offenheit, Transparenz, Berechenbarkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Ulrich Irmer [FDP])

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Das Wort hat jetzt der Herr Bundesaußenminister Joschka Fischer.

**Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit der erfolgreichen Verabschiedung der Verfassungsänderungen ist es gelungen, in Mazedonien, einem Schlüsselland auf dem Balkan, eine Entwicklung einzuleiten, die verspricht, dass wir tatsächlich in der Lage sein werden, eine weitere blutige Runde auf dem Balkan zu verhindern.

**Bundesminister Joseph Fischer**

- (A) In Mazedonien sind keinesfalls bereits alle Probleme gelöst, aber wir können heute schon feststellen, dass es ein Beispiel für eine keineswegs unriskante, aber doch mehr und mehr von Erfolg gekrönte **Präventionspolitik** der Bundesregierung auf dem Balkan darstellt.

Wir haben mit dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens erlebt, wie ein blutiger und gewaltbereiter **Nationalismus** nicht zögerte, die Furien des Krieges in Europa wieder zu entfesseln. Es hat ethnische Säuberungen und Massenvergewaltigungen gegeben. Allein in Bosnien liegen 250 000 Menschen in Massengräbern. Millionen von Flüchtlingen sind dem nationalistischen Irrsinn zum Opfer gefallen. Wenn es etwas zu kritisieren gibt, meine Damen und Herren, dann ist es die Tatsache – ich werde nicht müde, dies zu betonen –, dass wir die präventive Politik, die wir Europäer gemeinsam mit unseren Partnern des atlantischen Bündnisses auf dem Balkan umgesetzt haben, nicht bereits im Jahr 1992 auf dem Balkan umsetzen konnten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Es war eine bittere Lektion, bitter vor allem für die unschuldigen Opfer, bitter für ihre Familien, bitter für die betroffenen Menschen und die Länder in der Region, bitter aber auch für Europa, für uns alle. Wir können allerdings feststellen, dass diese Lektion – ich denke, das gilt für fast alle hier im Hause – gelernt wurde und die notwendigen Konsequenzen gezogen wurden, Konsequenzen, die bedeuten, dass der **Einsatz militärischer Macht** nicht vermeidbar ist, dass er aber Ultima Ratio ist, dass der Einsatz militärischer Macht politische Konflikte nicht lösen kann, aber dort, wo es anders nicht mehr geht, wenn sich Gewalt und Mord breit machen und ein gewaltbereiter Nationalismus meint, eine verwerfliche Politik umsetzen zu können, die Voraussetzungen für ihre Lösbarkeit schafft.

- (B)

Wir haben in diesem Hause über diese Einsätze oft und lange gestritten. Der erste Mazedonien-Einsatz war noch hochstreitig, die zweite Entscheidung, nämlich über die Operation Amber Fox, war nicht mehr streitig. Wir können heute feststellen, dass die politischen Vorgaben umgesetzt wurden.

Jetzt geht es darum, ein Vakuum zu verhindern. Jetzt geht es darum, die weitere Implementierung der Verfassungsänderungen und der Amnestievereinbarung zu begleiten. Die Voraussetzungen dafür sind, denke ich, nun gegeben. Ein Schreiben von Präsident Trajkovski mit dem Ersuchen um Verlängerung für die Dauer von drei Monaten liegt vor. Wir hoffen, dass die Operation dann auslaufen kann. Sicher kann ich Ihnen das heute nicht sagen, nur: Die Alternative, nämlich eine erfolgreiche Operation abzubrechen, bevor die politischen Bedingungen, die ihre geordnete Beendigung ermöglichen, geschaffen wurden, kann man allen Ernstes nicht wollen. Deswegen hat der NATO-Rat am 6. Dezember die Verlängerung beschlossen. Ich bitte Sie alle hier um Ihre Zustimmung zur Verlängerung dieses Mandats, damit wir die erfolgreiche präventive Politik in Mazedonien fortführen können.

Ich bedanke mich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Ulrich Irmner. (C)

**Ulrich Irmner (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit Ausnahme der notorischen Neinsager von der PDS

(Widerspruch bei der PDS)

werden wir heute erneut einem Antrag der Bundesregierung auf Entsendung der Bundeswehr in einen Auslandseinsatz mit großer Mehrheit zustimmen. Wir, die FDP-Fraktion, halten die Verlängerung des Mandats für erforderlich. Wir sind der Auffassung, dass ohne das erste Mazedonien-Mandat zum Einsammeln der Waffen dieses Mandat nicht möglich gewesen wäre.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Daher bitte ich diejenigen Abgeordneten der Regierungsfaktionen, die damals so entschieden dagegen gewesen sind, uns jetzt einmal ein wenig dankbar dafür zu sein, dass wir ihnen die Möglichkeit gegeben haben, heute der Verlängerung des Friedenseinsatzes zuzustimmen. Ich erinnere Sie daran, dass Sie damals keine eigene Mehrheit aufbieten konnten und dass es zum ersten Einsatz, zumindest was die Beteiligung der Bundeswehr angeht, nicht gekommen wäre, wenn nicht wir aus der Opposition heraus diesem Einsatz zugestimmt hätten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU –  
Markus Meckel [SPD]: Wir haben auf eure Ver-  
nunft gesetzt!)

Ich habe an uns alle eine sehr ernsthafte Bitte: Lassen Sie uns dafür sorgen, dass diese Beschlüsse nicht zur Routine werden. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir sollten uns jedes Mal, wenn wir zu einem solchen Beschluss aufgerufen sind, daran erinnern: Es geht um Leben und Tod. Wir schicken Soldaten in einen gefährlichen Einsatz. Der Einsatz in Mazedonien ist weit weniger gefährlich, als es der in Afghanistan sein wird, über den wir nächste Woche zu beraten und zu beschließen haben, aber vergessen wir nicht: Die Soldaten setzen bei jedem Einsatz ihr Leben aufs Spiel! Unsere Gedanken sollten auch in dieser Stunde bei den Soldaten und ihren Angehörigen sein, denen wir einen herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNIS-  
SES 90/DIE GRÜNEN)

Es besteht – der Kollege Schockenhoff hat darauf hingewiesen – natürlich ein Zusammenhang zwischen jedem dieser Bundeswehreinätze. Dabei geht es zum einen um die Kapazitäten, um die Ausrüstung und um die Gefährdungslagen; zum anderen geht es darum, wie eine Bundesregierung mit dem Parlament umgeht. In der Tat war das, was die Bundesregierung erst gestern im Hinblick auf die Behandlung des Parlaments vorgeführt hat – man soll ja mit der Vokabel Skandal etwas zurückhaltend umgehen –, zumindest höchst eigenartig.

(Walter Hirche [FDP]: Starker Tobak!)

Ulrich Irmer

- (A) Der Außenminister hat vor dem Auswärtigen Ausschuss – der für die Formulierung des Antrags, mit dem über diese Einsätze entschieden wird, federführend zuständig ist – in geradezu volmerschen Ausmaßen – mit Verlaub, Herr Fischer – herumgeeiert und blieb die Antwort auf jede Frage schuldig. Zur gleichen Zeit gab der Verteidigungsminister eine Pressekonferenz, auf der er diejenigen Antworten gab, die Herr Fischer dem Auswärtigen Ausschuss nicht geben wollte. Was ist denn das für ein Parlamentsverständnis?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich appelliere an die Kollegen aus der Koalition: Sie müssen darüber einmal ein wenig nachdenken! Aber bei den Grünen ist eh alles zu spät. Sie schicken niemals mehr irgendwelche einfachen Abgeordneten in die Debatten; vielmehr redet immer der Einzige, den sie dafür noch haben, nämlich Herr Fischer, der immer wieder spricht.

(Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine außenpolitische Debatte!)

Ich habe lange keinen Vertreter der Fraktion der Grünen zu solchen Themen sprechen hören.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Walter Hirche [FDP]: Das ist eine Ministerpartei geworden, ganz einfach!)

Herr Scharping hat mit Recht darauf hingewiesen, dass wir in Mazedonien eine unerwartet erfreuliche Entwicklung beobachten können. Was gleichwohl nach wie vor fehlt – auch darauf hat der Kollege Schockenhoff hingewiesen –, ist ein umfassendes **politisches Konzept zur Lösung der Probleme auf dem Balkan**. Machen wir uns nichts vor: Diese Gegend stellt nach wie vor ein Pulverfass dar. Der Kosovo-Status ist nach wie vor ungeklärt. Es gibt erfreuliche Entwicklungen: Slowenien und auch Kroatien sind inzwischen stabile Demokratien. In Serbien ist eine hoffnungsvolle demokratische Entwicklung in Gang gekommen. In Mazedonien ist die Lage – auch dank der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft – stabiler geworden.

Was wir aber noch nicht haben, ist eine grundlegende Planung für das, was auf dem Balkan stabilisierend weiter zu geschehen hat. Natürlich ist der Stabilitätspakt erfreulich. Natürlich muss sich die Geberkonferenz darum bemühen, die wichtigsten materiellen Lücken notdürftig zu schließen, die dringendste Hilfe zu leisten. Aber das ersetzt nicht ein politisches Gesamtkonzept, das von der Regelung der politischen Fragen, der Menschenrechtsfragen und der Minderheitenfragen bis hin zu wirtschaftlichen Konstrukten versucht, eine Lösung für diese Region zu finden, die im gesamteuropäischen Interesse liegt.

Jetzt noch ein hoffnungsvoller Gedanke zum Schluss. Berufen Sie, Bundesregierung, doch im Rahmen der Europäischen Union die **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Südosteuropa** ein. Ich glaube, hier könnte nach dem Modell der damaligen KSZE wirklich Vernünftiges bewirkt werden.

(Beifall bei der FDP)

Auch bitte ich Sie – so sehr wir jetzt, auch mit der Bundeswehr, im Rahmen der NATO aktiv werden –, doch die europäische Komponente stärker in den Vordergrund zu rücken. Laeken wird sich mit einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik beschäftigen. Wir als Europäer, die wir diese Einsätze in Mazedonien bestritten haben, haben schon etwas geleistet, was eigentlich zu den Petersberg-Aufgaben der Europäischen Union gehört. Hier müsste Laeken ein deutliches Signal setzen, dass wir das, was jetzt schon erfolgreich gemacht worden ist, in die europäischen Strukturen überführen. (C)

In diesem Sinne wünsche ich, dass wir hier eine große Mehrheit finden. Ich wünsche aber insbesondere, dass die Soldaten, die wir jetzt wieder in den Einsatz schicken, heil und gesund zu uns zurückkehren können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Wolfgang Gehrcke.

**Wolfgang Gehrcke (PDS):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war zu erwarten, dass die Bundesregierung die Mazedonienfrage als Propaganda für eine erfolgreiche Außenpolitik benutzt. Es ist nicht originell, was die Kollegen Fischer und Scharping hier gemacht haben. Ich will Ihnen entgegenhalten, dass auch Sie lernen sollten, dass erfolgreiche Militäraktionen noch lange kein Nachweis für erfolgreiche Politik sind. (D)

(Beifall bei der PDS – Rudolf Bindig [SPD]: Wie hätten Sie es denn gelöst? Gar nicht!)

Wenn man diese Bilanz aufmacht, wird man auch einige andere Tatsachen nicht verschweigen dürfen: Deutschland hat in den drei Jahren Rot-Grün zweimal aktiv mit anderen Staaten zusammen Krieg geführt, und zwar gegen Jugoslawien und Afghanistan. Das gilt es festzuhalten. Deutsche Soldaten sind oder waren in Bosnien, im Kosovo, in Mazedonien, in Osttimor und in Afghanistan. Ich muss fragen – da Sie hierüber die Auskunft verweigern –, ob ich Dschibuti und Oman dazusetzen muss, ob ich nach dem Irak, nach Kuwait fragen muss. Die Bundesregierung täuscht die Öffentlichkeit. Wir wollen endlich wissen, wo deutsche Soldaten stationiert sind oder stationiert werden sollen. Darüber hat der Kollege Schockenhoff schon gesprochen.

(Beifall bei der PDS)

Die außenpolitischen Debatten landen bereits nach zwei, drei Sätzen immer wieder bei der Militärfrage. Das steht mittlerweile im Zentrum. Gestern sprach der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung zur Europapolitik einen halben Satz zu sozialen Fragen, aber drei Seiten zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Jede Regierungserklärung endet darin, dass die außenpolitische Fähigkeit an der Fähigkeit festgemacht wird, Soldaten zu entsenden. Außenpolitik darf aus meiner Sicht nicht zur Militärpolitik verkommen. Das muss endlich wieder getrennt werden.

(Beifall bei der PDS)

Wolfgang Gehrcke

- (A) Die deutsche Außenpolitik ist in weiten Teilen **Militärpolitik**, was sie nicht sein sollte. Deswegen kann man die Mazedonien-Entscheidung nicht nur an einer Einzelfrage festmachen, sondern muss dies von der politischen Linie abhängig machen. Wir haben Nein zur Entsendung der Truppen gesagt und sagen selbstverständlich auch Nein zur Verlängerung des Mandats.

(Beifall bei der PDS)

Wenn wir uns aber die Einzelfragen ansehen, was man ja tun soll und was ich auch wichtig finde, ist doch festzuhalten: Mazedonien wäre der klassische UN-Blauhelm-Fall gewesen. Beide Konfliktparteien waren einverstanden. Was wir aber in Mazedonien haben, ist ein Nato-Einsatz.

Man muss auch einmal fragen, ob man die mazedonische Regierung mittlerweile als eine Regierung mit beschränkter Souveränität bezeichnen soll, wenn hier unwidersprochen berichtet wird, unter welchen politischen Druck Mazedonien gesetzt worden ist und dass die Gemberkonferenz immer noch nicht stattgefunden hat, weil man dieses Druckmittel der Finanzen behalten will. Mit einer solchen Politik wird nicht stabilisiert, sondern destabilisiert. Wenn Sie das zur Weltpolitik machen wollen: Bitte sehr, machen Sie so weiter. Dann erntet man das, was man gesät hat.

(Beifall bei der PDS)

Ich würde auch mit dem Jubel darüber, dass Deutschland endlich Leitnation geworden ist, vorsichtiger umgehen. Mir geht es auf den Keks, ich habe damit nichts am

- (B) Hut. Ich würde es zumindest nicht als besonders bedeutsam herausstellen und damit indirekt auch begründen wollen, dass man ein eigenes Interesse daran hat, solche Einsätze fortzusetzen. Natürlich will Deutschland damit auch seine gewachsene Souveränität beweisen.

Es ist auch darauf hinzuweisen, dass eine **Entwaffnung der Konfliktparteien** in Mazedonien in der Tat nicht stattgefunden hat. Hier werden Gerüchte verbreitet.

Ich fasse zusammen: Politisch ist wenig gelöst, die Außenpolitik wird weiter in Richtung Militärpolitik betrieben, die Konfliktsituation auf dem Balkan wird nicht entkräftet. Dazu gehörten eben eine Albanien-Politik, ein Konzept für den Kosovo und ein Konzept für Jugoslawien und Serbien, was mehr ist, als nur Druck auszuüben. Aus allen diesen Gründen werden wir nicht zustimmen.

Nun soll man vor Weihnachten ja auch etwas Versöhnliches sagen. Ehrlich gesagt, fällt mir das, was die Regierung angeht, schwer.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich habe lange gesucht, ob ich Ihnen nicht ein anspruchsvolles Weihnachtsgedicht mit auf den Weg geben kann. Ich fand das Weihnachtsgedicht von Hoffmann von Fallersleben angemessen, das ich Ihnen nicht vorenthalten will:

Morgen kommt der Weihnachtsmann,  
kommt mit seinen Gaben.  
Trommel, Pfeife und Gewehr,

Fahn' und Säbel und noch mehr,  
ja, ein ganzes Kriegesheer  
möcht' ich gerne haben.

(C)

Danach agiert offensichtlich diese Regierung. Trommel, Pfeife und Gewehr, ein ganzes Kriegesheer möchte sie einsetzen, und das möglichst weltweit. Das ist eben nicht unsere Politik. Unsere Politik ist konträr und diese Politik werden wir hier im Parlament auch weiterhin vertreten.

(Beifall bei der PDS)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium.

Es ist namentliche Abstimmung verlangt. Ich bitte Sie, bei der Stimmabgabe wie immer sorgfältig darauf zu achten, dass die Stimmkarten Ihren Namen tragen. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind die Plätze an den Stimmurnen besetzt? – Urne 1 ist noch nicht besetzt. – Urne 2 ist auch noch nicht besetzt. – Jetzt sind beide Urnen besetzt. Ich eröffne die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe damit die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.

(D)

Wir setzen jetzt die Beratungen fort, und ich rufe die Tagesordnungspunkte 7 a bis 7 d sowie die Zusatzpunkte 8 bis 13 auf:

7. a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (18. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Rudolf Bindig, Angelika Graf (Rosenheim), Hanna Wolf (München), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

#### **Prävention und Bekämpfung von Frauenhandel**

– Drucksachen 14/6540, 14/7539 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Angelika Graf (Rosenheim)

Dr. Erika Schuchardt

Christa Nickels

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

- b) Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Rudolf Bindig, Lilo Friedrich (Mettmann), Angelika Graf (Rosenheim), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abge-